

## Pressemitteilung

Wiesbaden, den 29. April 2024

Arbeitsgemeinschaft der  
Ausländerbeiräte Hessen -  
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31  
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0  
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de  
www.agah-hessen.de

### **Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete:**

## **Aktionismus statt ausgewogene Entscheidungsfindung: Die Rechtspopulisten wird's freuen!**

**Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) kritisiert die gesetzliche Regelung zur Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete. Die Entscheidungsfindung war wenig faktenbasiert und glich einem Aktionismus, dessen Ergebnis den Rechtspopulisten in die Hände spielt**

Mit der Möglichkeit, eine Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen, zeigt sich nach Auffassung der hessischen Ausländerbeiräte einmal mehr, wohin schnelle und wenig fundierte Entscheidungen führen, denen die nötige Evidenz fehlt: Sie bedienen letztlich rechtspopulistische Interessen.

„Die Bezahlkarte steht exemplarisch für eine Politik, die in überstürzten Maßnahmen und zu Lasten der hier lebenden Flüchtlinge ihr Heil sucht“, so der Landesvorsitzende der agah Enis Gülegen heute in Wiesbaden.

Dabei wären eine genauere Analyse und Diskussion angebracht gewesen. „Nicht jeder Zweck heiligt die Mittel“, so Enis Gülegen weiter, der damit auch auf den nicht belegbaren Zusammenhang zwischen baren Geldleistungen und vermehrter Zuwanderung anspielt. „Wer aus seinem Herkunftsland flüchtet und zu uns kommt hat sicher andere Motive, als Geld ins Ausland zu transferieren. Doch selbst wenn es so wäre: Der unaufgeregte Umgang mit den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine zeigt doch, dass die Argumente nicht stimmig sind und es auch anders geht“, so der agah-Vorsitzende.

Da die konkrete Ausgestaltung der Bezahlkarte nunmehr den Ländern obliegt, fordern die Ausländerbeiräte die hessische Landesregierung dazu auf, hierbei die Bedürfnisse der Flüchtlinge nicht außer Acht zu lassen: „Die Bezahlkarte ist und bleibt fragwürdig – sich bietende Spielräume in deren Ausgestaltung müssen aber im Sinne der Betroffenen unbedingt genutzt werden“, so abschließend die Aufforderung von Enis Gülegen in Richtung Wiesbaden.